

Gericht schauet sich, daß die Demokraten, gegen gewisse Ausschüsse, bereit seien, das sozialdemokratische Misstrauensvotum abzulehnen.

Herr Luther will weiter regieren

Auffällig ist, daß die Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion vom Montag abend, ihre Unterhändler grundsätzlich zu Verhandlungen über die Neubildung der Regierung zu ermächtigen, in der demokratischen Presse vorläufig kaum auf besonderen Widerhall stößt.

Wenn die demokratische Fraktion geschlossen für das sozialdemokratische Misstrauensvotum stimmt.

Kopf schmerzt man sich darüber jedoch weder bei der Volkspartei noch in der Regierungskanzlei, denn nach Auffassung der Sozialen Handlung rechnet man bestimmt damit, daß der Reichspräsident den bisherigen Reichskanzler wieder mit der Bildung eines Kabinetts betrauen wird.

Der Plan der Volkspartei, der zweifellos der Zustimmung des Reichskanzlers gewiß ist, zeigt wie dringend notwendig es ist, daß der gegenwärtige Chef der Regierung verschwindet.

Der Vorwärts laut aus Anlaß des Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion u. a.:

Im Vernein des Beschlusses, daß sie nur eine Minderheit sind, erheben die Minderheiten ein Regiment der Gewalt. Sie wollen den trockenen Putz mit Wasser des Artikels 48.

Morgen Abstimmung über das sozialdemokratische Misstrauensvotum

Die Abstimmung über das sozialdemokratische Misstrauensvotum wird im Reichstag am Mittwoch abend gegen 6 Uhr erfolgen.

Die heutige Sitzung dürfte, auf Wunsch der Regierungsparteien, nach der Rede des Reichskanzlers vorzeitig werden.

Protest der preussischen Regierung

Die preussische Regierung hat am Montag an das Reichskabinett und den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, das sich mit der Erlassung der Verordnung befaßt.

Im übrigen ist inzwischen bekannt geworden, daß von den Auslandsdeutschen in allen Erdteilen Telegramme einlaufen sind, die ebenfalls gegen den Erlass der Verordnung protestieren.

Enttätigungsbekämpfung der Berliner Zentrumspartei

Die Berliner Zentrumspartei veranlaßte am Montagabend in der mit den Parteien der Republik geschlossenen Stadthalle eine Protokollversammlung gegen die Flaggensverordnung.

„Weider, leidert! Was ist mit Marg?“

Der eigentliche Redner des Abends war der Reichstagsabgeordnete Kluge. Er erklärte: „Wir Minister im Kabinett sind gleichsam überumpelt worden.“

Weg mit einer solchen Regierung! (Minutenlanges Handklatschen und Beifall.) Man kann jedoch nicht eher eine Regierung bilden, als man weiß, woher die andere nehmen.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums faßte am Montag folgenden Beschlus: Der Reichsparteivorstand des Zentrums bedauert, in Uebereinstimmung mit dem Beschlus der Reichstagsfraktion, den Erlass der Flaggensverordnung, er billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und erwartet mit Vertrauen ihre weiteren Entschlüsse.

Auch das Reichshaus veranlaßte am Montagabend in Berlin zwei große Kundgebungen als Protest gegen die Flaggensverordnung.

Fechenbach abgewiesen

Die von dem Reichspräsidenten Fehrenbachs, Rechtsanwalt Dr. Strickberg beantragte Wiederaufnahme des durch Volksgerichtsurteil vom 20. Oktober 1922 begonnenen Verfahrens wegen Landesverrats wurde von der ersten Strafkammer des Landgerichtes München I, laut Bescheid vom 1. Mai 1926, verworfen.

Das Ritter-Telegramm ist eine diplomatische Urkunde, die im Geheimarchiv des bayerischen Ministeriums des Äußeren aufbewahrt wurde.

Fechenbach kann sich nicht darauf berufen, er habe gegen gesetzwidrige Zustände in Deutschland vorgehen wollen. Es ist einem Deutschen nicht gestattet, dagegen Einsicht im Ausland zu suchen.

Die Situation am Ende der ersten Strafkammer stellt sich wie folgt dar: Die Lebensmittelförderung sowie die gesamte Versorgung mit Elektrizität und Gas liegt in den Händen der Regierung.

Es wird im Hauptamt der Gewerkschaften betont, daß alle diese zentralen Arbeitsüberlegungen in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Generalrats erfolgt sind.

Weniger erfreulich ist die Situation der Presse. Hier ist es den Anteilnehmern von Tag zu Tag in höherem Maße gelungen, Teile ihrer Mäntel herauszubringen.

Der ehemalige englische Ministerpräsident und Führer der Liberalen, Lloyd George, hielt am Montag im Unterhaus eine Rede, die von der gesamten Opposition mit Beifall aufgenommen wurde.

Der italienische Vertreter Giacosa führte aus, daß der Völkerbund kein Hindernis sei und werden dürfte.

Frankreichs Vertreter Doucours erklärte: Es würde der Völkerbund kein Hindernis sein und werden dürfte.

Der Vorsitzende Motta schloß nach weiteren Worten die Sitzung mit der Feststellung unter den höchsten Mitgliedern.

Die deutsche Regierung hat am Montag an das Reichskabinett und den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet.

Die Berliner Zentrumspartei veranlaßte am Montagabend in der mit den Parteien der Republik geschlossenen Stadthalle eine Protokollversammlung gegen die Flaggensverordnung.

Fechenbach zu erwarten. Der Wiederaufnahmeantrag erweist sich jedoch als unzulässig und war zu verwerfen.

Die erste Strafkammer des Münchner Landgerichtes hat sich demnach nie etwas davon erlauben, daß das Ritter-Telegramm, lange vor der Uebereinstimmung durch Fehrenbach an Gargas, in einem holländischen Blatt bekannt gegeben worden war.

Das Pfund Brot einen Franc

P. Paris, 10. Mai. (Eig. Drahtf.) Unter dem Einfluß des Frankfurter steigen die Lebenshaltungskosten in Frankreich in wachsendem Tempo.

Verhören und die Frankfurter

N. Budapest, 10. Mai. (Eig. Drahtf.) In der Montage-Verhandlung des Fällungsprozesses nannte der angeklagte Privatsekretär des Ungarns Winkler, Haba, ausdrücklich den Ministerpräsidenten Verhären als Mitschuldigen.

Kleine politische Nachrichten

§ 1 des Schund- und Schmutzgesetzes. Im Bildungsausschuss des Reichstages wurde am Sonnabend der § 1 des Gesetzes gegen Schund und Schmutz mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Eine Woche Streit

S. London, 10. Mai. (Eig. Drahtf.) Die Situation am Ende der ersten Strafkammer stellt sich wie folgt dar: Die Lebensmittelförderung sowie die gesamte Versorgung mit Elektrizität und Gas liegt in den Händen der Regierung.

Blockade Englands durch Irland

S. London, 10. Mai. (Eig. Drahtf.) Auf des Ersuchen des Generalrats der britischen Gewerkschaften an die Gewerkschaften Irlands, die Lebensmittelförderung nach Großbritannien einzustellen, liegt der Fall von Dublin still.

Reform des Völkerbundes

T. Genf, 10. Mai. (Eig. Drahtf.) Die Studienkommission für die Reorganisation des Völkerbundes beschloß am Montag, nachdem sie als ihren Präsidenten den Schweizerischen Bundesrat Motta und zum Vizepräsidenten den Argentinier Dr. Veyron gewählt hatte.

Als erster Redner sprach Lord Robert Cecil, wobei er die Reorganisation der Welt und die Wahlbarkeit der nichtständigen Mitglieder als die Hauptaufgabe der Kommission bezeichnete.

Der italienische Vertreter Giacosa führte aus, daß der Völkerbund kein Hindernis sei und werden dürfte.

Frankreichs Vertreter Doucours erklärte: Es würde der Völkerbund kein Hindernis sein und werden dürfte.

Der Vorsitzende Motta schloß nach weiteren Worten die Sitzung mit der Feststellung unter den höchsten Mitgliedern.

Die deutsche Regierung hat am Montag an das Reichskabinett und den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet.